



Fünf Jahre konsequente GdP-Arbeit tragen Früchte

Zahlreiche GdP-Forderungen 1:1 im neuen Koalitionsvertrag umgesetzt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kurz vor Weihnachten hat die neue Landesregierung aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen ihren Koalitionsvertrag veröffentlicht. Um es vorwegzunehmen, dieser Koalitionsvertrag unterscheidet sich mehr als deutlich im Block „Innere Sicherheit“ von dem letzten Regelwerk.

Der Koalitionsvertrag 2014 war gekennzeichnet von Nullrunde, 1 % Lohndiktat, Stellenstreichungen, Absenkung der Beihilfe und der zwangsweisen Kennzeichnung der Polizei, um nur einige Negativbeispiele in Erinnerung zu rufen. Dies alles hatte zur Folge, dass die GdP beinahe ununterbrochen über fünf Jahre Proteste und Demonstrationen organisiert hat, um die Politik zum Umdenken zu bewegen. Mithilfe der Medien haben wir unsere überzeugenden Argumente, die sich wesentlich auch am Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet hatten, so platzieren können, dass auch die politisch Verantwortlichen nach und nach überzeugt werden konnten.

Noch im Dezembervorwort dieser Zeitung hatte ich Sorge, dass all unsere guten Beratungen im Mahlwerk von Koalitions- und Parteikompromissen zwischen die Räder kommen könnten.

Dies hat sich nicht bestätigt! Der neue Koalitionsvertrag beinhaltet die allermeisten Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, die wir in zahlreichen Gesprächen und Beratungen mit dem Innenminister eingebracht haben. Natürlich beinhaltet ein Koalitionsvertrag noch keine Umsetzungsgarantie, sondern ist ein Bekenntnis, was gemeinsam politisch auf den Weg gebracht werden soll.

Hier eine Zusammenfassung der für die Polizei wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrages:

Gleich zu Beginn des Abschnittes C (Innere Sicherheit) bekennt sich die Koalition zur Bereitstellung von ausreichendem Personal und auch zu den damit verbundenen – so wörtlich –

„zahlreichen Stellenhebungen“. In der kommenden Wahlperiode soll es im Bereich der Polizei zu weiteren zusätzlichen 750 Vollzugsstellen kommen. Dazu kommen noch einmal weitere 150 Stellen in der Verwaltung, mit Tarif- und Verwaltungsbeamtenstellen, sowie zusätzlich 100 Wachpolizisten. Unterm Strich sind das 1000 zusätzliche Stellen bei der hessischen Polizei.

Solange die Personalaufstockung noch nicht abgeschlossen ist, soll auch weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, anfallende Mehrarbeit finanziell abzugelten.

Es gibt ein klares Bekenntnis zur Weiterführung der technischen Ausstattungsoffensive. Insbesondere die Bodycam und auch der TASER sollen für die gesamte hessische Polizei in allen Dienststellen zur Verfügung gestellt werden. Damit haben wir, die GdP, den TASER in weniger als zwei Jahren, von unserer Expertenanhörung bis zur flächendeckenden Einführung, für die Polizei Hessen etabliert!

Besonders freut uns auch, dass die Sanierung und Renovierung von Dienststellen weiter intensiv fortgeführt wird und hoffentlich auch die letzten „Altlasten“ beseitigt werden könnten.

Gewalt gegen die Polizei ist nach wie vor eines der zentralen Themen, um die sich die hessischen Polizistinnen und Polizisten sorgen. Auch hierzu finden wir ein klares Bekenntnis zur weiteren Befassung mit diesem Phänomen.

Die polizeilichen Informationssysteme sollen auf Bundes- und Europäischer Ebene weiter vernetzt werden. Dazu wird es weitere Anpassungen im HSOG geben, um den sich immer verändernden Kriminalitätsphänomenen Rechnung tragen zu können, insbesondere im Bereich der Terrorabwehr.

Ebenso soll ein hessisches Versammlungsgesetz erlassen werden. An diesem Punkt vertritt die GdP eine



Andreas Grün

andere Auffassung. Wir halten nach wie vor ein bundeseinheitliches Versammlungsgesetz für den richtigen Weg. Das Grundrecht nach Art. 8 Grundgesetz gehört bundeseinheitlich geregelt. In Bayern müssen für Versammlungen und Demonstrationen die gleichen Bedingungen gelten wie in Hamburg oder Sachsen. Diese Haltung vertreten wir auch beim Polizeirecht. Auch hier halten wir nach wie vor an einem bundeseinheitlichen Polizeiaufgabengesetz fest. Polizeirecht muss in Deutschland einheitlichen Standards unterliegen und darf nicht landeskoalitionären Kompromissen ausgesetzt sein.

Weiter wird im Koalitionsvertrag ein Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Dienst abgelegt. Damit verbunden ist auch die Feststellung, dass im Wettbewerb um die Spitzenkräfte, eine leistungsgerechte Bezahlung und Leistungsanreize ausgebaut werden müssen. Dies kann für die GdP nur heißen: Deutlich mehr Beförderungen. Nur damit wird eine leistungsgerechte Bezahlung sicherzu-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

stellen sein. Das bisherige Instrument der Leistungsanreizeverordnung ist dafür nicht geeignet. Im Gegenteil, es sorgt mehr für Verdruss als dass es Anreize gibt.

Unsere Forderung nach einer Weiterentwicklung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) wurde ebenfalls aufgenommen und beinhaltet ein klares Bekenntnis zu Personalräten und Gewerkschaften. Die Koalition hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Mitbestimmung zeitgemäß auszugestalten und das HPVG fortzuentwickeln.

Auch unsere stetigen Bemühungen für den Wiedereinstieg des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) trägt der Koalitionsvertrag nun Rechnung. So sollen mit der TdL Gespräche über eine Rückkehr unter Beibehaltung der hessischen Vorteile geführt werden. Ein Schritt, der aus unserer

Sicht längst überfällig ist und den wir ganz ausdrücklich Begrüßen und unterstützen werden.

Am Ende muss doch noch etwas Wasser in den Wein gegossen werden. Unsere zentrale Forderung nach der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage findet sich im Koalitionsvertrag nicht. Das war allerdings nach den Wahlprüfsteinen der GdP absehbar. Trotzdem werden wir gerade bei diesem Punkt nicht nachlassen. Wir werden weiteren Druck ausüben, um die Landesregierung von der Wichtigkeit der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu überzeugen. Eine Umsetzung dieser Forderung würde in vielen Bereichen diesen Koalitionsvertrag auf den Punkt treffen und das Bekenntnis zu Leistungsanreizen und einem starken öffentlichen Dienst untermauern.

Die geplante Ombudsstelle halten wir für entbehrlich. Hier sollen sowohl Anliegen und Beschwerden gegen die Landesverwaltung als auch

Anliegen und Beschwerden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgegangen werden. Wir sehen dafür keinen Bedarf, da es bereits genügend Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger gibt und wir keine Beschwerde- und Denunziantenbehörde aufbauen möchten. Mit Blick auf andere Bundesländer, in denen es bereits vergleichbare Strukturen gibt, sehen wir aber dem Vorhaben gelassen entgegen.

Fazit: Mit diesem neuen Koalitionsvertrag lässt sich aus Sicht der GdP gut arbeiten. Viele unserer Forderungen haben Einzug in das Papier gefunden. Jetzt werden wir zielstrebig an der Umsetzung dieser Punkte arbeiten und darüber hinaus mögliche neue Entwicklungen und berechnete Forderungen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einbringen.

Andreas Grün,
Landesvorsitzender

GLOSSE

Neues von POM Fritz

Hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr kennt mich schon. Ich heiße mit Nachnamen Fritz und bin Polizeiobermeister, also POM Fritz. Ich werde auch niemals befördert, weil das ja keinen Sinn ergäbe. Ich schreibe ab und zu mal in den GdP-Publikationen, wenn mich die Kolleginnen und Kollegen ansprechen und denen und mir mal wieder was unter den Nägeln brennt.

Im letzten Nachtdienst haben wir über die Schuldenbremse und den damit verbundenen Einsparungen im öffentlichen Dienst in unserer Dienstgruppe diskutiert. Da hat Robert, der im Übrigen seine Lebensarbeitszeit schon wieder um ein Jahr verlängert hat, aus polizeilicher Vergangenheit berichtet. Ich war seinerzeit noch Polizeimeister im benachbarten Baden-Württemberg und habe natürlich sofort wissen wollen, was sich denn hier in Hessen abgespielt hat. Mit dem Verkauf landeseigener Immobilien sollte der hessische Haushalt auf „Vordermann“ gebracht werden. Prachtbauten wie beispielsweise Polizeipräsidien, Dienststellen und Behörden wurden sprichwörtlich „verklappt“,

man nannte das aber betriebswirtschaftlich „sell and lease back“ und verkaufte es den Steuerzahlern als Erfolgsmodell! Mit der Folge, so Robert, dass unsere Kinder und Enkel dann auf ewig teure Mieten dafür an Investoren zahlen müssen! Mehr noch, viele Investoren lassen sich als Vermieter vom Mieter (Land Hessen) in vielen Fällen noch Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen bezahlen. Und dann noch das „Come Programm“ und seine Auswirkungen. Der aus dem PP Südhessen zu uns in die Dienstgruppe abgeordnete Didi hat uns da von den Zuständen bei der „Come Renovierung“ bei der PD Bergstraße berichtet. Im Zusammenhang mit Modernisierungsmaßnahmen COME (energetische Gebäudesanierung) kommt es zu unzumutbaren Belastungen der Beschäftigten in der Liegenschaft. Nicht nur die Beeinträchtigungen durch Lärm und Dreck, sondern auch die provisorischen Unterbringungen der Beschäftigten lassen keinen geordneten Dienstbetrieb zu. Diese Missstände wurden von der GdP Südhessen dem zuständigen Finanzministerium schon im August

2018 mitgeteilt. Eine Reaktion darauf blieb aus, die Verantwortlichen hüllten sich in Schweigen. Robert ergänzt, das Hessische Immobilienmanagement (HI) und in Rechtsnachfolge das LBiH waren angetreten, die bis dahin selbstverwalteten Gebäude entgeltlich zu „verwalten“ und auch den Reinigungsdienst zu übernehmen. Mit der Folge, dass bewährte eigene Reinigungskräfte, die über Jahre und Jahrzehnte gute Arbeit leisteten und vielfach zur Polizeifamilie gehörten, entlassen wurden. Getreu der immer stärker um sich greifenden Mentalität: „Geiz ist geil!“ Heute wissen wir, dass das HI in Zeugnisnoten eher eine fünf als eine vier im jährlichen Notendurchschnitt für seine Leistungen im Bereich der Polizei verdient hat. Bürokratische Hierarchien wurden aufgebaut, Zuständigkeitsbereiche aufgebauscht und dadurch komplizierte Arbeitsabläufe mit erheblichem Zeitverzug geschaffen. Viele Liegenschaftsverantwortliche der Polizeibehörden können davon „ein Lied“ singen.

Ach so, entgegne ich. Daher erklärt sich also auch die häufig feststellbare schlechte Stimmung, die ich nach



GLOSSE

meiner Versetzung in der Dienstgruppe erlebt habe. Schlechte Perspektiven beim beruflichen Fortkommen, Beförderungstau in der A 10 und lange Wochenarbeitszeiten im Schicht- und Wechselschichtdienst und in den Kommissariaten haben das Stimmungstief wahrscheinlich noch konstant gehalten, beginne ich zu verstehen. Wie sieht es heute aus? Ich ahne schon, was kommt! Der öffentliche Dienst, mit seinen gut alimentierten „Faulenzern“, ist mit dafür verantwortlich, dass die Ziele der einzuhaltenden Schuldenbremse in Gefahr geraten. Sprudelnde Steuereinnahmen und nie dagewesene Gewerbesteuern können das nicht ausgleichen, was Pensionen und Beschäftigungsentgelte „auffressen“, titelten die Gazetten und auch die ARD machte Anfang Dezember in einer Abendsendung deutlich, „wie teuer und überflüssig“ die Beamten im Versorgungsfall sind. Sind alle Beamte damit gemeint, frage ich Robert. Der sagt, dass die Bevölkerung uns Polizeibeschäftigten das meiste Vertrauen schenken, hinter Ärzten und Pflegepersonal. Dies haben namhafte Umfrageinstitute wieder belegt. Daher denkt Robert, dass wir von der Mehrzahl der Bevölkerung wohl nicht als „faul und überflüssig“ angesehen werden.

Wir von der Dienstgruppe machen uns über die Zukunft Gedanken: Für die Jahre 2018 und 2019 greift ein Doppelhaushalt! Reichen die darin enthaltenen Verbesserungen im Bereich der Polizei aus? Welche Notwen-



Außenaufnahme: Modernisierungsmaßnahmen COME (energetische Gebäudesanierung) bei der Polizeidirektion Bergstraße

digkeiten müssen haushälterisch abgebildet werden, um beispielsweise bei den bundeseinheitlichen Bemühungen um eine annähernd einheitlich nutzbare IT-Landschaft arbeitsfähig zu sein?

Robert kennt darauf derzeit keine zufriedenstellende Antwort. Aber er fügt hinzu, dass die Innenministerkonferenz wohl in einem entsprechenden Beschlussverfahren dabei ist, die finanziellen Mittel für eine Harmonisierung nutzbarer IT-Komponenten bereitzustellen. Die Arbeit muss dann wahrscheinlich in den Ländern geleistet werden, wohl dem, der IT-Ingenieure und Fachleute eingestellt hat bzw. einstellen kann. Wieso denn das, frage ich

Robert? Weil, ergänzt dieser, viele Fachleute in der freien Wirtschaft für die gleichen Aufgaben besser bezahlt werden! Mir graust vor dem Gedanken, dass vieles „beim Alten bleibt“.

Liegenschaften suchen wir derzeit „händeringend“ für alle Behörden, also können wir derzeit keine mehr verkaufen, stelle ich lakonisch fest. Die Mehreinstellungen und deren Arbeitsplatzbedarfe sind im vierstelligen Bereich in den nächsten Jahren klassifiziert, will Robert aus einer Besprechung gehört haben. Mal sehen, ob es gelingt, weiter kreativ zu sparen oder ob endlich die dringend benötigten finanziellen Ressourcen bereit gestellt werden!

Euer POM Fritz

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.

Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de



Innenaufnahme: Modernisierung im laufenden Betrieb



Neuer Vorstand – bewährte Beständigkeit

Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden

Am 12./13. November fand die Klausurtagung der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden Hessen (BZG PZBH) statt, in der die Kreisgruppen HPA, HPT (ehemals PTLV) und HLKA vertreten sind.

Im Mittelpunkt dieser Tagung standen Neuwahlen für den Vorsitz der Bezirksgruppe, die Funktion einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden und das Amt als Schriftführerin/Schriftführer.

So kandidierte Katrin Kuhl bekanntermaßen beim Bundeskongress im November 2018 für das Amt als stellvertretende BundeskassiererIn, Bernd Petri als auch Ralf Humpf, die sich nach dem für alle plötzlichen und unerwarteten Tod von Gert Strohalm (ehemals Kassierer) beim letzten Bezirksdelegiertentag bis zu einer Konsolidierung der Bezirksgruppe nochmals zur Wahl stellten, nachdem diese nun doch schneller als allgemein erwartet vonstattengegangen war.

Insofern kein überraschendes Moment für die Vorstandsmitglieder und die vertretenen Kreisgruppen, waren diese Personalien doch schon seit längerer Zeit bekannt, sodass ausreichend Zeit bestand, sich auch über mögliche Nachfolger Gedanken zu machen.

Und so wurden mit dem bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Jörg Thumann von der Kreisgruppe HPA für die Funktion als künftiger Bezirksgruppenvorsitzender Mark Weber von der Kreisgruppe HPT als weiterer stellvertretender Vorsitzender sowie Marcel Müller, seines Zeichens Landesvorsitzender der Jungen Gruppe Hessen und mittlerweile ebenfalls Angehöriger der Kreisgruppe HPT, drei Kandidaten präsentiert, die sich nicht nur aufgrund ihrer bisherigen gewerkschaftlichen Tätigkeiten und Positionen des Zuppruchs gewiss sein durften, sondern gleichfalls für die Fortführung der bewährten Arbeit der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden Hessen stehen.

Bevor es jedoch soweit war, dass sich die Genannten den entsprechenden (Neu-)Wahlen stellten, ließen die Anwesenden die zurückliegenden, fast auf den Tag genau 13



Der neue Vorstand der PZBH

Jahre unter Vorsitz von Ralf Humpf Revue passieren. Bei dieser Rückbetrachtung wurde selbstverständlich auch das Wirken von Katrin Kuhl, die seit 2008 dem Vorstand der BZG PZBH angehört, wie auch die seit Beginn der Gründung der BZG PZBH im Jahr 2000 durch Bernd Petri eingenommenen, unterschiedlichen Funktionen bis hin zum heutigen Tag eingehend gewürdigt.

Ein besonderes Schmankerl bei dieser Retrospektive stellte das im Jahr 2012 begonnene, rund zwei Jahre währende GdP-Mentoring-Projekt für Frauen dar, in dessen Verlauf Katrin Kuhl gemeinsam mit Ralf Humpf ein Tandem als Mentee und als Mentor bildeten. Das Ziel des Tandems lautete, die künftige Wahrnehmung von Funktionen innerhalb der GdP vorgestellt durch Katrin Kuhl.

Offenkundig eine Erfolgsgeschichte, denn Katrin Kuhl sollte neben ihrer Funktion als stellvertretende LandeskassiererIn im geschäftsführenden GdP-Landesbezirksvorstand Hessen beim Bundeskongress im November 2018 zur stellvertretenden BundeskassiererIn gewählt werden.

Die Anwesenden waren sich alle schnell bewusst und einig, es war eine lange und ereignisreiche Zeit in und für die GdP, die trotz allem wie im Flug verging.

Anschließend war es aber an der

Zeit, um die (Neu-)Wahlen durchzuführen, nachdem Katrin Kuhl, Bernd Petri und Ralf Humpf einvernehmlich zum Wahlvorstand bestellt wurden.

Aus dem Kreis der Anwesenden wurden keine anderslautenden Vorschläge unterbreitet, sodass letztendlich Jörg Thumann als Bezirksgruppenvorsitzender, Mark Weber zum stellvertretenden Bezirksgruppenvorsitzenden, Daniel Anbau zum Schriftführer und Marcel Müller zum stellvertretenden Schriftführer gewählt wurden.

Der geschäftsführende Bezirksgruppenvorstand der BZG PZBH setzt sich somit bis zur satzungsgemäß beim nächsten Bezirksdelegiertentag herbeizuführenden Bestätigung wie folgt zusammen:

Vorsitzender	Jörg Thumann
Stellv. Vorsitzender	H. Schiskowsky
Stellv. Vorsitzender	Mark Weber
Kassierer	Stefan Rücker
Stellv. Kassierer	Marika Hertling
Schriftführer	Daniel Anbau
Stellv. Schriftführer	Marcel Müller

Getreu dem Motto der Bezirksgruppe, P(ersönlich) Z(uverlässig) B(eständig) H(ilfsbereit), freuten sich alle Anwesenden über diese richtungsweisenden Personalien und sehen den aktuellen (geschäftsführenden) Vorstand für die Zukunft gut aufgestellt!

GdP PZBH



RUHESTAND

Beruf und Hobby unter einen Hut gebracht

Andreas Bäcker hat uns und vor allem der Polizei gutgetan!

Wenn Andreas Bäcker über die Familie, die Polizei und sein Hobby erzählt, macht sich in seinem Gesicht ein sehr charmantes Grinsen breit. Man hängt an seinen Lippen und taucht mitunter ein in ein rundherum zufriedenes Leben.

Wie bei den meisten Kolleginnen und Kollegen war auch bei Andreas der Wunsch zur Polizei zu gehen schon in sehr frühen Jahren das erklärte Ziel. Natürlich hat er dies auch schon als Schüler seinen Mitschülerinnen und Mitschülern offen kommuniziert. Sein Berufswunsch wurde schon etwas süffisant begleitet, hier musste sich Andreas zum Beispiel anhören: „Was, der größte Mofafrisierer im Kreis will zur Polizei?“ Die Antwort hierauf verblüffte nicht wirklich: „Ich weiß dann genau, wonach ich bei einer Kontrolle suchen muss!“

So banal und klar die Antwort an dieser Stelle ist, so deutlich wurde auch schon vor über 40 Jahren, welche Leidenschaft ihn ein Leben lang begleiten wird.

Der Weg ging unbeirrt zur Polizei und hier nach der Ausbildung zur Bereitschaftspolizei. Er selbst fasst seine besondere Laufbahn mit nur wenigen Sätzen zusammen, aber diese beschreiben einen sehr ungewöhnlichen und wahrscheinlich sogar einzigartigen Weg. Und es ist genau dieser besondere Weg und das herausragende Engagement, das unseren Kolleginnen und Kollegen und der gesamten hessischen Polizei zugeht kam.

Ausbildung zum Fahrlehrer, anerkannter Fahrschul- und TÜV-Prüfer und Gutachter. Für unser Gewerkschaftsmitglied, Freund und Kollegen Andreas Bäcker war es ein über 40-jähriger Entwicklungsprozess. Aber es wird schnell deutlich, dass dies, gerade im Beschaffungswesen, schon beinahe zwangsläufig zu einer Erfolgsgeschichte werden musste. Das technische Verständnis in Verbindung mit seinen Erfahrungen als Streifenbeamter und Dienstgruppenleiter war eine bedeutende Grundlage für seine Arbeit als HSG-Leiter für das Fahrzeugwesen im Hessischen Präsidium für Technik (HPT). „Die Mobilität der hessischen Polizei stellen wir auf hohem Niveau sicher“ –



Lothar Hölzgen und Andreas Bäcker

dieser Satz prägte sich mir ein, als wir ein paar Stunden zusammensaßen und über seine Arbeit der vergangenen Jahre sprachen (Bild oben). Dies unterstreichen wir als Gewerkschaft der Polizei ausdrücklich!

Auch der GdP ist Andreas seit vielen Jahren treu und unterstützt diese aktiv. Im Besonderen kann man zwei Punkte herausstellen. Die Begegnungsseminare der Bezirksgruppe Westhessen waren lange Zeit eine besondere Aktivität, die uns immer wieder in andere Bundesländer führte. Andreas hat uns hier als Busfahrer zur Verfügung gestanden, uns immer sicher zum Ziel und wieder nach Hause gebracht.

Die GdP arbeitet seit Jahrzehnten aktiv auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und hat hier auf den „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“ ein besonderes Augenmerk gerichtet. Mit der ersten Ausgabe aus dem Jahre 2009 konnten bereits viele hessische Besonderheiten und Errungenschaften mit eingebaut werden. Schon damals stand mir als Autor des Positionspapiers Andreas als fachkundiger Berater zur Verfügung. Auch bei der Entstehung des aktuellen Papiers (September 2018) war er mein Ansprechpartner, Rat- und Ideengeber in vielen technischen Fragen.

Leider lief gerade bei diesem so bedeutenden Thema (Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit) nicht immer alles rund. Es war gut und richtig, dass wir bei unserem netten Kaffeeplausch auch dieses Thema noch einmal angesprochen haben. Als die GdP im Jahre 2012 zum Thema Fahrzeugsitze im Opel Insignia in die Offensive ging (unsere Kolleginnen und Kollegen

waren nicht zufrieden), haben viele mit dem Finger auf das Beschaffungswesen gezeigt und dort die Schuldigen gesucht. „Falsch“, sagt Andreas Bäcker und kritisiert an dieser Stelle die Vorgehensweise.

„Als das Thema Fahrzeugsitze damals auf der Tagesordnung stand, habe ich den damaligen HPR-Vorsitzenden deutlich darauf hingewiesen, dass die wirklich guten AGR-Sitze im Opel Insignia nicht für uns im Streifendienst geeignet sind und dennoch hat man auf die Beschaffung bestanden und dies auch für die Folgebestellung so gefordert.“

Es war für Andreas nicht nachvollziehbar, als kurze Zeit später die Offensive der GdP erfolgte, die die Eigenschaft der Sitze thematisierte. Hier hat das Zusammenspiel zwischen HPR, GdP und dem HPT (damals noch PTLV) nicht wirklich gut funktioniert!

Und dennoch hat sich in der Folgezeit Andreas wieder an die Seite seiner GdP gestellt und gerade mir als Verfasser des alten und neuen Positionspapiers „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“ sach- und fachkompetent zur Verfügung gestanden. Genau an dieser Stelle sollte man nicht vergessen zu erwähnen, dass die hessische Landesregierung nach der Kritik an den Sitzen einen guten Weg gegangen ist.

Mit klug investierten 60 000 € hat man eine Studie in Auftrag gegeben, die am Ende beschreiben sollte, wie ein funktionaler Sitz in einem Funkstreifenwagen aussehen sollte. Auch diese Phase hat Andreas aktiv und zielgerichtet begleitet. Am Ende dieses Entwicklungsprozesses stand ein deutlich verbessertes Produkt, das bundesweit Beachtung gefunden hat.

Andreas war (ist) ein ausgewiesener Fachmann und Spezialist rund um das Kraftfahrzeugwesen. Unverzichtbar – zumindest für einen gewissen Zeitraum ...

Eigentlich hätte er schon ein wenig früher in den wohlverdienten Ruhestand gehen können, aber wie das Schicksal manchmal so spielt, wenn ein eingearbeiteter und für seine Nachfolge bestimmter Kollege plötzlich erkrankt und aus dem Dienst

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

scheidet, muss man reagieren und sich neu orientieren. Da brauchte es noch einmal eine gewisse Zeit, um einen Nachfolger auf die verantwortungsvolle Arbeit in dieser Funktion im HPT vorzubereiten. Hierzu war Andreas natürlich bereit und hat, als einer seiner letzten dienstlichen Aufgaben, auch an dieser Stelle dazu beigetragen, dass ein reibungsloser Übergang stattfinden konnte.

Jetzt, nach seiner Pensionierung, sollte ein wenig mehr Zeit für Familie und Hobby vorhanden sein und diese Zeit wird auch dringend benötigt. Das „Opa-Taxi“ für vier Enkel fordern Oma und Opa beinahe täglich und die gemeinsamen Fahrten mit dem Bus lieben Ute und Andreas ebenfalls. Und, dann ist da noch ein ganz spezielles Hobby, welches natürlich etwas mit Fahrzeugen zu tun hat.

Andreas hat sich schon früh in die BMW Isetta verliebt und auch ein besonderes „Schätzchen“ in seiner Garage stehen. Weiß-rot, mit Faltdach, einer Blumenvase (mit Rose) im weißen Porzellanväschen am Armaturenbrett – ein Traum für jeden Liebhaber. Das Original in der Garage und unzählige Modelle unterm Dach, liebevoll arrangiert in vielen beleuchteten Glasvitrinen. Bei den Erzählungen über die einzelnen Exponate kommt Andreas ins Schwärmen und hat zu vielen besonderen Modellen auch eine kleine Geschichte zu erzählen:

So ist er z. B. stolzer Besitzer eines weißen BMW-Isetta-Modells, von dem es weltweit nur 50 Exemplare gibt. Es ist nur seiner Hartnäckigkeit zu verdanken, dass er vor vielen Jahren auf einer Ausstellung in den Besitz dieser kleinen Rarität gelangte.

Die „Polizei-Isetta“ steht im Original im 1. Deutschen Polizeioldtimer Museum in Marburg. Die Fa. Revell hat in seiner Modellaufgabe auf das Original zurückgegriffen und hierbei sogar das Originalkennzeichen für diese Modellreihe übernommen. Auch auf dieses Modell ist Andreas besonders stolz.

Kurz vor unserem Abschied nach einem kurzweiligen Nachmittag holte Andreas noch eine Buchausgabe mit dem Titel „Richtig Autofahren/Die neue Verkehrs-Ordnung“ von Herbert Sitterding aus dem Jahre 1935 aus der Vitrine. Ein kleiner gelber Zettel klebt an einer bestimmten Seite und Andreas sagte, dass er mir die-

se eine kleine Passage unbedingt vorlesen muss:

„Aber liebes Kind! begann er mahnend. Zunächst bitte, etwas mehr Pietaät! Wenn man überhaupt einen Leichenzug überholen muss, dann tut man das ohne Hupen und ganz langsam, etwa im Radfahrertempo. Aber nach der Reichs-Straßenverkehrs-Ordnung darf ein Leichenzug nicht unterbrochen oder in seiner Bewegung gehemmt werden.“

Dieser besondere Nachmittag bei der Familie Bäcker wird, so wie auch

viele dienstliche Begegnungen mit Andreas, in positiver Erinnerung bleiben.

Für die GdP wünschen wir uns, dass wir auch zukünftig von den umfangreichen Sach- und Fachkenntnissen profitieren dürfen. Immer dann, wenn wir uns gemeinsam für unsere Kolleginnen und Kollegen auf den Weg machen!

Getreu dem Motto des HPT: „Die Mobilität der Hessischen Polizei stellen wir auf hohem Niveau sicher“

Lothar Hölzgen

Mit der GdP ins Skikarussell Winterberg

26 Lifтанlagen—34 Abfahrten

Skifahren—Rodeln—Wandern in der verschneiten Winterlandschaft

Après Ski in der Dorf Alm oder im Irish Pub



Abfahrt Samstag, 16.02.2019, 08.00 Uhr Polizeistation Limburg

Kosten:

Tageskarte Skipass ab 11:00 Uhr: Erwachsene 32 €, Kinder 22 €

Rodelausleih 5 €

Bustransfer Limburg—Winterberg und zurück:

Mitglieder der GdP KG LM-WEL kostenfrei!

Nichtmitglieder 12 €

Gäste, die nach dem Event in die GdP eintreten, bekommen die Kosten erstattet!



Anmeldung bei Uwe Meier

Tel.: 06431 / 9140 – 101 oder 0170 - 326 45 33 auch whatsapp

Mail: uwe.meier@polizei.hessen.de

Sebastian Pistor

Tel.: 06431 / 9140 – 466

Mail: sebastian.pistor@polizei.hessen.de



**Gewerkschaft
der Polizei**

Kreisgruppe Limburg-Weiburg



SENIORENGRUPPE**Seniorenticket Hessen –
ein Schritt in die richtige Richtung**

GdP-Senioren haben so etwas schon länger auf ihrer Wunschliste

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und Tarek Al-Wasir (Grüne) planen die Einführung eines Seniorentickets für ganz Hessen. An den Start gehen soll die Jahreskarte für 365 Euro mit Beginn 2020. Ab dem 65. Lebensjahr kann man sie in Anspruch nehmen. Der Seniorenvorstand der GdP Hessen wünscht sich schon länger eine Verbesserung für Senioren bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmittel.



Laut RMV geht es nur noch um das Wie. Dass das Seniorenticket kommt, sei sicher. Man will sich mit den beiden anderen hessischen Verkehrsverbänden abstimmen, aber die Jahreskarte notfalls auch alleine für den RMV-Bereich einführen. Eine Monatskarte für Senioren oder ein spezielles Tagesticket sind nicht geplant. Geprüft wird auch noch, ob z. B. der Fahrschein erst ab 9 Uhr gültig sein wird.

Es gibt in 2019 bereits spezielle Seniorenjahreskarten oder auch Monatskarten ab dem 65. Lebensjahr. Da bestehen für verschiedene Orte und auch für Bereiche, in denen sie genutzt werden können, sehr unterschiedliche Tarife. Dies ist so umfangreich, dass es in einem solchen Bericht nicht dargestellt werden kann. Da sollte man sich bei Interesse beim RMV erkundigen, was für das, was man nutzen möchte, zu zahlen ist. Bei

einem sehr groben Vergleichswert kann man sagen, dass ein Jahresticket für Personen über 65 jetzt etwa 600 Euro kostet. Die 365 Euro stellen da eine spürbare Einsparung dar.

Bereits im August 2017 beschloss die Landesseniorenkonferenz in Hessen auf Antrag des Seniorenvorstandes, folgenden Antrag an den Landesdelegiertentag Hessen zu geben:

Der Landesvorstand wird damit beauftragt, sich für eine Freifahrtregelung im Nah- und Regionalverkehr für Seniorinnen und Senioren einzusetzen. Alternativ ist auch eine erhebliche Reduzierung der Fahrpreise anzustreben. Im März 2018 nahm der Landesdelegiertentag Hessen in Marburg diesen Antrag an. Einen ähnlich lautenden Antrag haben die hessischen Senioren auch für eine bundesweite Regelung eingebracht. Sowohl die Bundesseniorenkonferenz als auch der Bundeskongress in Berlin stimmten zu, dass

der Bundesvorstand der GdP damit beauftragt wird.

Sehr wünschenswert wäre allerdings, wenn man sich auch zu einem verbilligten Tagesticket durchringen könnte. Vorstellbar wären da 2 Euro. Es würde den Einstieg, auf den Pkw zu verzichten, erheblich erleichtern. Dies insbesondere in strukturschwachen Gegenden mit weiter entfernt liegenden Haltestellen und erheblich weniger Verbindungen. Hat man sich erst einmal an das öffentliche Verkehrsmittel gewöhnt, ist dann der nächste Schritt, vielleicht ganz auf die Nutzung des eigenen Pkw zu verzichten und ein Jahresticket zu nutzen. Etliche europäische Länder haben bei Seniorentickets schon einen erheblichen Vorsprung. Es gibt bereits die kostenlose Variante in einigen Staaten bis hin zu 20 Euro im Jahr in Italien.

Mobilität ist gerade im Alter wichtig, um noch am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Aber auch vermehrte Arztbesuche müssen wahrgenommen werden. Aktuell wird viel über die Feinstaubbelastung gesprochen. Rentnerinnen und Rentner mit einem geringen Einkommen werden kaum in der Lage sein, sich das neue Auto mit besseren Abgaswerten zu leisten. Es wird über Fahrtauglichkeitsüberprüfungen bei älteren Verkehrsteilnehmern gesprochen. Ist es da nicht deutlich besser, der Senior verzichtet auf das eigene Fahrzeug, weil Anreize, das öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, geschaffen wurden?

**Harald Dobrindt,
Landesseniorenvorsitzender**

**ERFAHRUNG
GESTALTET
ZUKUNFT**


SENIORENGRUPPE
Gewerkschaft der Polizei

**Landesseniorengruppe
Hessen**



Weihnachtsgrillen der Kreisgruppe Mudra

Am Dienstag, 11. 12. 2018, wurde bereits zum dritten Mal das jährliche „Weihnachtsgrillen“ der Kreisgruppe Mudra durchgeführt. Nach dem sensationellen Wetter an unserem Brunnenfest im September meinte es der Wettergott auch an diesem Tag gut mit uns. Nach vielen Regentagen kam am Mittag sogar die Sonne zum Vorschein und so konnten wir den Grill und die Tische vor dem Kantinegebäude aufbauen. Da die Temperatur passend zur Jahreszeit nur noch einstellige Werte erreichte, wurden auch im Vorraum der Kantine Tische bereitgestellt. Pünktlich um 14 Uhr waren Früchtepunsch und Glühwein erhitzt und die ersten Würste lagen auf dem Grill bereit. Die Kreisgruppe hatte nicht nur aufgrund des Wetters einen guten Tag erwischt. Wegen des gerade stattfindenden Trainings für geschlossene Einheiten und bevorstehender Einsätze nutzten sehr viele Kolleginnen und Kollegen aus den Einheiten die Gelegenheit und stärkten sich mit einer Bratwurst und einem Früchtepunsch für die bevorstehenden Aufgaben. Auch unser



Präsident Herr Schneider und unser Vize-Präsident Herr Pfeiffer sowie weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Präsidium schauten im Laufe des Nachmittags vorbei und es ergab sich kurz vor Weihnachten die Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zu netten Gesprächen. Das Organisationsteam der Kreisgruppe war sich am Ende einig, dass das „Brunnenfest“ und das „Weihnachtsgrillen“ auch im nächsten Jahr wieder stattfinden werden, auch wenn sich

an der Vorbereitung und Durchführung nur wenige und auch immer wieder die gleichen Mitglieder beteiligen.
Gregor Bader

TERMIN

7. Februar, 16.30 Uhr Seniorenstammtisch im Ginnheimer Wirtshaus Am Ginnheimer Wäldchen 8, F-Ginnheim (U-Bahn: U 1, 9 Station Niddapark)



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

STERBEFÄLLE

Heinz-Gerd Hoffmann
Kreisgruppe Bad Homburg
Hans-Jürgen Buhse
Kreisgruppe Limburg-Weilburg
Dieter Gaidies
Kreisgruppe Wetterau
Helmut Schetter
Kreisgruppe Dillenburg-Herborn
Klaus-Peter Brandl
Kreisgruppe Wiesbaden
Günter Klotzek
Kreisgruppe Offenbach
Günter Ziegler
Günter Scherer
Kreisgruppe Wasserschutzpolizei
Helga Kolat
Kreisgruppe HBP Mudra
Dieter Gölling
Kreisgruppe Frankfurt

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

